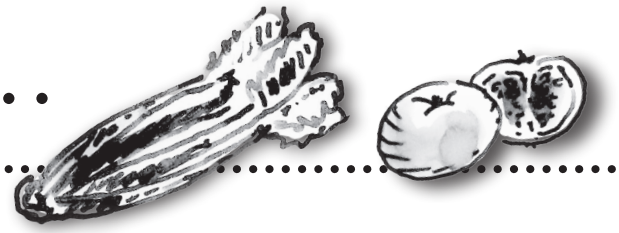
Chruut und . . .  . . . Rüebe

Labelsalat mit Sauce

(dh) Passend zum Artikel im A-Bulletin vom 16. Juni über die Bio-Evoluzzer von BioEtico befassen sich nun auch die Blätter von CH Media mit Biolabels, beziehungsweise deren Wild wuchs. In einem Artikel, der unter anderem in der Aargauerzeitung, dem St.Galler Tagblatt oder in der Luzernerzeitung erschien, beschwert sich die Konsumentenschützerin Josianne Walpen, dass die rund 70 echten und weniger echten Bio-Label in der Schweiz mehr Verwirrung als Ordnung schafften. Die meisten seien ohnehin nicht „bio“, sondern eine Marke. Deren Zweck ist vornehmlich, mehr zu verkaufen. Klassisches Greenwashing.

Walpen stützt damit unter anderem die Einschätzung der Gründerinnen und Gründer von BioEtico, die sich ganz aus dem Labelzirkus verabschiedet haben und auf Selbstdeklaration und die ursprünglichen Werte der Bio-Bewegung setzen. Die Fundis sozusagen. Labels seien im Grunde bereits ein Missbrauch der Biobewegung, Labelorganisationen stetig wachsende Unternehmen, deren oberstes Ziel das eigene Wachstum sei, so die Kritik. „Es braucht überhaupt keine Label“, sagt einer der Exponenten.

Die CH Media-Zeitungen zitieren in dem Artikel eine Studie von 2015, welche die rund 70 Biolabels auf ihren wahren Biogehalt untersuchte. Die Rangliste wird von BioSuisse und deren Geschwisterlabels angeführt. In den letzten sieben Jahren ist allerdings viel passiert, die Liste dürfte kaum mehr aktuell sein. Tatsächlich ist auf Ende 2022 eine Aktualisierung, das heisst eine Neuauflage der Untersuchung geplant.

Nicht ändern dürfte sich die Einschätzung der kritischen Geister der Biobewegung, wie jene von BioEtico.

Der Heli ist abgestürzt

(rm) Die Helikoptergeld-Initiative ist endgültig gegroundet. Wie der Bund im Bundesblatt mitteilt, hat der Rheintaler Lokalpolitiker und Initiant Luca Volar die nötigen 100'000 Unterschriften nicht fristgerecht zusammenbekommen.

Volars Vorschlag war, dass die Nationalbank jedem Schweizer und jeder Schweizerin 7500 Franken überweist, ohne jede Bedingung, einfach so. 54 Milliarden Franken insgesamt. So hätte der Franken nachhaltig geschwächt werden können und das Volk hätte zusätzliches Geld für Konsum – sprich volkswirtschaftliches Wachstum – im Portemonnaie gehabt. Die deflationäre Gefahr sinkender Preise wäre gebannt gewesen, so die Idee des Politologen. „Es braucht neue Ansätze und Ideen, um uns aus dieser ausserordentlich schwierigen Lage zu befreien“, sagte Volar im Januar 2021 im A-Bulletin.

Doch die Helikoptergeld-Initiative traf auf wenig Gegenliebe. Einerseits, weil die Idee den meisten grundsätzlich nicht ganz geheuer ist, andererseits machte Corona den Initianten das Leben schwer. Während eines Lockdowns Unterschriften für eine Initiative zu sammeln, ist eine äusserst zähe Aufgabe.

Die Lage ist zwar noch immer schwierig, Helikoptergeld jedoch noch verpönter als vor zwei Jahren. Denn mittlerweile wurde die Idee von der Druckwelle einer Teuerungsexplosion eingeholt: Zum einen treibt der Krieg in der Ukraine den Ölpreis hoch, zum anderen bremst die Coronahysterie in Asien die Produktions- und Transportkapazitäten. Von zusätzlicher, absichtlich initiierter Teuerung will heute vermutlich niemand etwas wissen. Daher ist es vielleicht besser, dass die Initiative gar nicht erst zustande gekommen ist.

Bauern verklagen die Schweiz

(rg) Ungewöhnliche Aktion von Avocat.e.s pour le Climat, den „Anwältinnen und Anwälten für das Klima“. Der in Vevey beheimatete Verein plant im Namen von Bäuerinnen und Bauern eine Klage gegen die Schweizerische Eidgenossenschaft. Grund: Die Schweiz sei mitschuldig am Klimawandel und damit am Niedergang der Landwirtschaft.

Der Klimawandel treffe die Bäuerinnen und Bauern besonders hart. In den letzten Jahren seien ihre Einkommen gesunken und die Prognosen für die Zukunft seien ebenfalls schlecht, so der Verein. „Diese Situation ist zum Teil auf die Untätigkeit der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Bezug auf das Klima zurückzuführen. Diese hat ein Verhalten an den Tag gelegt, das die Lebensfähigkeit der Schweizer Landwirtschaft gefährdet. Daher muss die Eidgenossenschaft für ihre Untätigkeit zur Rechenschaft gezogen werden“, begründet Avocat.e.s pour le Climat.

Der Verein ist nun auf der Suche nach Bauern und Bäuerinnen, die die Klage unterstützen und belegen können, dass sie der Klimawandel bereits jetzt spür- und zählbar in ihrer Existenz bedroht. Eine finanzielle Beteiligung sei nicht erforderlich, die Anwalts- und Gerichtskosten werden gänzlich vom Verein übernommen.

avocatclimat.ch
uniterre.ch